

**(Torsten Schneider)**

Die Berlinerinnen und Berliner wollen endlich eine nachhaltige Nutzung unserer wenigen freien Flächen, die allen Bürgerinnen und Bürgern und nicht nur den Höchstbietenden zugute kommt. Auch wollen die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Stadt endlich einmal mitreden, denn es braucht vor allem einen Uferzugang, der nicht von Wolkenkratzern überschattet ist, und eine Nutzung, die aus dem Bezirk heraus entwickelt wird. So hat es schon der Bürgerentscheid in Friedrichshain-Kreuzberg verlangt. Die dortige BVV hat sich einstimmig für das Projekt Holzmarkt ausgesprochen.

Herr Nußbaum, auch wenn er jetzt nicht da ist!

[Benedikt Lux (GRÜNE): Wo ist er eigentlich?]

Da geht es nicht um Sympathie oder Mauschelei, sondern ganz im Gegenteil um ein überzeugendes Konzept und ein transparentes und nachvollziehbares Verfahren, das als einziges den Vorgaben des vom Bezirk geänderten B-Plans entspricht.

Dringlich ist dieser Antrag, weil die BSR spätestens am 17. Oktober den Verkauf abschließen wird. Ein späteres politisches Eingreifen ist dann nicht mehr möglich. Das muss Ihnen heute klar sein. Deshalb wollten wir auch die Sofortabstimmung. Wenn alle Fraktionen im Haus dieses Projekt wollen, dann muss es doch möglich sein, dazu einen Beschluss zu fassen.

[Beifall bei den GRÜNEN –  
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN]

An die liebe SPD-Fraktion: Dafür muss auch nicht die Landeshaushaltsordnung oder das Betriebsgesetz geändert werden. Dass es keinen gemeinsamen Antrag gibt, ist völlig unverständlich. Verschärfend kommt noch hinzu, dass sogar ein Mitglied des BSR-Aufsichtsrats bei diesem Grundstück mitbietet. Der Fisch stinkt hier doch vom Kopf.

[Beifall bei den GRÜNEN]

So etwas wollen Sie doch auch hier nicht, daher sollten wir als Abgeordnete alle in Alarmbereitschaft sein und dieses Grundstück an uns reißen.

[Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN  
und den PIRATEN]

Ich wiederhole es gerne noch einmal: Unsere Grundstücke, und dazu gehören auch die der landeseigenen Betriebe, sind wertvoll und müssen endlich genutzt werden, um den Berlinerinnen und Berlinern zukunftsweisende stadtentwicklungspolitische Perspektiven zu geben. Es reicht eben nicht, sich vor der Presse immer wieder mit kreativen Aushängeschildern zu schmücken. Daraus müssen auch Taten folgen. Also stimmen Sie diesem Antrag zu, und lösen Sie endlich Ihre Zusagen ein!

[Beifall bei den GRÜNEN und den PIRATEN –  
Benedikt Lux (GRÜNE): Wo ist eigentlich  
der Finanzsenator?]

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Vielen Dank, Frau Schmidberger! – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Abgeordneter Schneider das Wort. – Bitte sehr!

[Joachim Esser (GRÜNE):  
Selbstbefassung, Herr Schneider!  
Statt Politik für die Mülltonne!]

**Torsten Schneider (SPD):**

Meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Ihr Antrag wird von uns heute zur Beratung in die dafür zuständigen Ausschüsse überwiesen.

[Katrin Schmidberger (GRÜNE): Dann ist es zu spät!]  
– Das ist Ihre Auffassung, Frau Kollegin Schmidberger!

Inhaltlich hat die SPD-Fraktion sehr große Sympathie

[Andreas Otto (GRÜNE): Handeln! –  
Benedikt Lux (GRÜNE): Sympathie für den Flughafen!]  
für das abstrakte Anliegen, das sich hinter Ihrem Antrag verbirgt.

[Beifall bei der SPD –  
Vereinzelter Beifall bei der CDU –  
Michael Schäfer (GRÜNE): Entscheidungen treffen! –  
Weitere Zurufe von den GRÜNEN]

Aber die SPD-Fraktion lehnt es ab, das zu tun, was uns in der Zeitung bereits zugeschrieben wird und was von mir von hier aus strikt zurückgewiesen wird, nämlich Einzelfallregelungen oder gar Einzelfallgesetze zu treffen.

[Beifall bei der SPD –  
Vereinzelter Beifall bei der CDU –  
Wolfgang Brauer (LINKE):  
Das ist ein Paradigmenwechsel!]

Ich will von hier aus auch deutlich machen, dass ich gewisse Berichterstattungen in der Tagespresse für unsere Fraktion strikt zurückweise, nämlich diejenige, die unserer Fraktion verschleierte Grundstückspolitik zuweist. Das finde ich, gelinde gesagt, eine Unverschämtheit.

[Beifall bei der SPD –  
Vereinzelter Beifall bei der CDU –  
Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)]

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen nicht um den Brei herumzureden: In diesem Haus gibt es eine breite Mehrheit, die sich auch für dieses konkrete Projekt erwärmt; das ist ja bekannt. Aber wir sind berufen, die Verwaltung nach Recht und Gesetz agieren zu lassen. Und anders als Sie, Frau Kollegin Schmidberger, sind wir der Auffassung, dass es der Anstalt öffentlichen Rechts BSR nicht möglich ist, so ohne Weiteres Kriterien, die im Betriebs-Gesetz nicht adressiert sind, umzusetzen, so wie Sie sich das vorstellen.

[Benedikt Lux (GRÜNE): Nein? – Das stimmt nicht!]

**(Torsten Schneider)**

Allerdings ist auch klar, was sie nicht dürfen in den Anstalten öffentlichen Rechts. Das steht in § 19 Abs. 1 Satz 2: Sie haben nämlich alles zu unterlassen, was nicht zu ihrem Betriebszweck gehört. Und wenn jemand eine Auslegungshilfe braucht, wie der Gesetzgeber seine Gesetze ausgelegt wissen will, dann mag er nachher das Protokoll lesen. Was nämlich zum Betriebszweck einer Anstalt öffentlichen Rechts gehört, das steht in § 3, wie ich finde abschließend, und Grundstücksspekulation sicherlich nicht.

[Benedikt Lux (GRÜNE): Zum Thema!]

Zum Thema selbst und abschließend: Wir sichern Ihnen zu, dass wir das gründlich beraten. Wir glauben, die Gesetzesänderung ist erforderlich. Ich sichere Ihnen außerdem zu, –

[Joachim Esser (GRÜNE): 18. Oktober!]

– Wie bitte, Herr Kollege Esser? Stellen Sie eine Zwischenfrage!

[Joachim Esser (GRÜNE): Das haben Sie bis zum 18. Oktober nicht fertig!]

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Herr Esser! Sie möchten eine Zwischenfrage stellen. Sehe ich das richtig? – Dann drücken Sie sich ein!

**Joachim Esser (GRÜNE):**

Thema Dringlichkeitsantrag. Haben Sie denn Ihr Gesetz bis zum 18. Oktober hier fertig? Oder wie wollen Sie den Senat und die BSR jetzt noch daran hindern, das Grundstück z. B. dem Herrn Aufsichtsrat zu geben?

[Benedikt Lux (GRÜNE): Durch Parteitagsbeschluss!  
Ha, ha!]

**Torsten Schneider (SPD):**

Ich glaube, ich habe gerade deutlich gemacht, Herr Kollege Esser: Anders als Sie geben wir hier keine Vorgaben, wer einen Zuschlag zu erhalten hat, sondern wir haben ein Interesse an einem gesetzesförmigen Verfahren. Das lassen wir uns jetzt hier auch nicht kaputtreden, nur weil Sie meinen, dass sei besonders dringlich. Ich habe übrigens keine Erkenntnis, wann irgendein Aufsichtsrat irgendwas zu entscheiden hat.

[Zuruf von Katrin Schmidberger (GRÜNE)]

Ich habe nur eines hier zu verkünden für die SPD-Fraktion, meine sehr verehrte Kollegin Schmidberger: Wir wollen, dass Recht und Gesetz eingehalten werden. – Ein Letztes ist mir sehr wichtig.

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Gestatten Sie noch eine weitere Zwischenfrage?

**Torsten Schneider (SPD):**

Aber selbstverständlich! Wer denn?

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Kollege Baum.

**Torsten Schneider (SPD):**

Aber selbstverständlich, Herr Baum!

**Andreas Baum (PIRATEN):**

Ist Ihnen denn bekannt, dass gestern die Bieterfrist endete? Wie gedenken Sie in dieser Situation damit umzugehen?

**Torsten Schneider (SPD):**

Ich glaube, ich habe deutlich gemacht – nun wiederhole ich und werde redundant –: Wir sind die Legislative, und wir gedenken gar nichts zu tun.

[Ha! und Beifall bei den PIRATEN und den GRÜNEN –  
Benedikt Lux (GRÜNE): Gar nichts tun!]

Das ist Aufgabe der Verwaltung. Wir gedenken gar nichts zu tun in diesem konkreten Bieterverfahren. Das, was wir zu tun haben, ist, uns mit Gesetzesänderungen zu befassen. Ich verstehe gar nicht Ihre Erheiterung.

[Zurufe]

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Jetzt lassen Sie den Redner doch mal bitte reden, meine lieben Herren und auch Damen Kollegen!

**Torsten Schneider (SPD):**

Wir gedenken nicht in ein Verwaltungsverfahren einzugreifen, so wie Sie das hier herbeireden. Jetzt komme ich zu meinem Schlusssatz, und das ist der wichtigste, für mich jedenfalls.

[Benedikt Lux (GRÜNE): Der Finanzsenator hält sich schon mal dran, tut auch gerade gar nichts!]

– Ja, das ist ja schön, dass Sie das beobachten! – Jedenfalls ist der wichtigste Satz hier: In Berlin ist es so wie in der gesamten Bundesrepublik. Der Gesetzgeber gibt Gesetze, und die Verwaltung führt die Gesetze aus. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Vielen Dank, Herr Schneider! – Für die Linksfraktion hat Frau Lompscher das Wort. – Bitte sehr!